

ULRICH BRAND
MARKUS WISSEN

IMPERIALE LEBENSWEISE

ZUR AUSBEUTUNG VON MENSCH UND NATUR
IM GLOBALEM KAPITALISMUS



oekom

Ulrich Brand, Markus Wissen
Imperiale Lebensweise
Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im
globalen Kapitalismus
ISBN 978-3-86581-843-0
224 Seiten, 13 x 20,5 cm, 14,95 Euro
oekom verlag, München 2017
©oekom verlag 2017
www.oekom.de

Kapitel 1

An den Grenzen einer Lebensweise

Kein Gemeinsames ist möglich, sofern wir uns nicht weigern, unser Leben und unsere Reproduktion auf dem Leid anderer zu gründen und uns als von ihnen getrennt wahrzunehmen.

Silvia Federici¹

Zum Anlass des Buches

Im Februar 1994 erschien in der Zeitschrift *The Atlantic Monthly* ein Beitrag des US-amerikanischen Journalisten Robert D. Kaplan mit dem Titel »Die kommende Anarchie«.² Am Beispiel von Westafrika widmet sich der Autor darin der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der sogenannten unterentwickelten Welt und zeichnet ein äußerst düsteres Bild derselben. Dessen Wirkung wird durch die drastisch-suggestiven Fotos von verstopften Straßen in südlichen Megacitys, von Slums, Kindersoldaten, verschmutzten Flüssen und Bürgerkriegsszenen, mit denen der Beitrag unterlegt ist, noch gesteigert. Die Botschaft ist klar: Nachdem der globale Norden mit dem Ende des Kalten Krieges das Interesse am globalen Süden verloren hat, droht dieser im Chaos zu versinken. Er wird zum Hort von Gewalt, Staatszerfall, Epidemien, »Überbevölkerung« und ökologischer Zerstörung.

Die Intention des damaligen Beitrags war es nicht, auf das Leid von Menschen hinzuweisen oder den Zusammenhängen zwischen dem Reichtum im Norden und den Konflikten im Süden nachzuspüren. Es geht Kaplan vielmehr darum, eine Weltordnung zu skizzieren, in der die übersichtliche Konkurrenz zwischen Nationalstaaten durch eine anarchische Vielzahl von »kulturell« und religiös moti-

vierten Konflikten abgelöst wird. Zudem will er vor der Bedrohung der nationalstaatlichen Ordnung auch des globalen Nordens warnen, die aus einer Ausbreitung der Anarchie des Südens sowie aus den Spannungen resultiert, die in den kulturell heterogenen Gesellschaften des Nordens selbst angelegt sind.

Der ökologischen Problemdimension in Gestalt von zunehmender Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung misst Kaplan dabei eine besondere Bedeutung bei: »Es ist an der Zeit, ›die Umwelt‹ als das zu begreifen, was sie ist: *die* nationale Sicherheitsfrage des frühen 21. Jahrhunderts. Die politischen und strategischen Auswirkungen von wachsenden Bevölkerungszahlen, sich ausbreitender Krankheit, Entwaldung, Bodenerosion, Erschöpfung von Wasserressourcen, Luftverschmutzung und, möglicherweise, steigenden Meeresspiegeln in kritischen überbevölkerten Regionen wie dem Nil-Delta und Bangladesch – Entwicklungen, die zu massenhafter Migration führen und, umgekehrt, Gruppenkonflikte anheizen werden – stellen die zentrale außenpolitische Herausforderung dar, aus der alle anderen Herausforderungen letztlich hervorgehen werden.«³

Gut 20 Jahre nach Erscheinen des Artikels von Kaplan überieten sich europäische PolitikerInnen mit Vorschlägen und konkreten Maßnahmen der Abschreckung und Abschottung gegenüber Menschen, die, getrieben von existenzieller Not beziehungsweise dem Wunsch nach einem besseren Leben, die EU zu erreichen versuchen. Die Zurückweisung einer im internationalen Vergleich überschaubaren Zahl von Geflüchteten⁴ wird zu einer Frage der nationalen Sicherheit stilisiert, Zäune werden gebaut, »Schicksalsgemeinschaften« beschworen und »Obergrenzen« eingefordert. Es scheint, als würde sich die von tiefen Interessengegensätzen entzweite politische Elite Europas in dem Bestreben annähern, an den Geflüchteten ein Exempel zu statuieren, um der von Kaplan imaginierten Bedrohung nationalstaatlicher – und in diesem Fall auch supranationaler – Ordnung geschlossen und mit aller Macht entgegenzutreten.

Daneben zeigt sich in der Situation des Jahres 2016 noch eine zweite Reminiszenz an Kaplans Diagnose von 1994: Viele der Menschen, die abgewiesen oder abzuweisen versucht werden, schei-

nen auch aus ökologischen Gründen zu fliehen: weil steigende Temperaturen oder Konflikte um knapper werdende Ressourcen in Landwirtschaft und Bergbau sie der Möglichkeit berauben, ein von Not und Gewalt freies Leben zu führen. Auch der Syrienkrieg reiht sich in diese Erzählung ein, und zwar insofern, als ihm eine lange Dürre vorausging, die das gesellschaftliche Konfliktpotenzial vergrößerte.⁵

Kaplans Katastrophenszenario scheint sich also im Jahr 2016 zu bestätigen. Und nicht nur das: Es liefert der europäischen Abschottungspolitik gleich die Rechtfertigungsgründe. Wenn »die Umwelt« zur Frage nationaler Sicherheit wird und wenn es nun mal der globale Süden ist, dem »die Umwelt« besonders übel mitspielt, wenn dieser Süden zudem in einem solchen Chaos versinkt, dass jede Perspektive politischer Stabilität und ökonomischer Entwicklung unter nationalstaatlichen Vorzeichen undenkbar wird, dann muss sich der globale Norden scheinbar auf die Verteidigung seiner zivilisatorischen Errungenschaften konzentrieren. Und sich zu ebendiesem höheren Zweck die Menschen aus dem globalen Süden vom Leib halten.

Das Problem ist nur, dass sowohl die Diagnose von Kaplan als auch die heutige Flüchtlingspolitik ihre Legitimation beziehungsweise Plausibilität gerade daraus beziehen, dass sie sich über die beiden entscheidenden Zusammenhänge ausschweigen. Erstens: Menschen werden nicht einfach durch die »Knappheit« natürlicher Ressourcen und »den Klimawandel« in die Flucht getrieben. Statt dessen sind es ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse – wie der ungleiche Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln –, die Ressourcen knapp und den Klimawandel für viele zu einer existenziellen Bedrohung machen. Zweitens: Diese Verhältnisse lassen sich nur begreifen, wenn man sich von den unmittelbaren Eindrücken löst und den Blick über den Tellerrand der betroffenen Regionen hinaus auf den globalen Kontext richtet. Erst dann nämlich werden ökologische Krisen und gewaltsam ausgetragene Konflikte in ihrer ganzen Komplexität verständlich.

Hinter den Konflikten sogenannter verfeindeter »Ethnien« im Kongo etwa wird der Bedarf des globalen Nordens an Coltanerzen

sichtbar, die für die Herstellung von Mobiltelefonen oder Laptops gebraucht werden. Wasserkonflikte – in vielen Teilen der Welt scheinbar die zwangsläufige Folge einer im Zuge des Klimawandels zunehmenden Trockenheit – werden als Resultat der Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsweisen verstehbar, wie sie von agrar-industriellen Unternehmen des globalen Nordens im Einklang mit den Interessen lokaler und nationaler Eliten des globalen Südens betrieben wird. Und als eine Ursache der – mangels anerkannter Fluchtgründe oft als »illegal« gebrandmarkten – Migration afrikanischer Kleinbauern nach Europa gerät die EU-Agrar- und Außenhandelspolitik in den Blick, die mit dem Export hoch subventionierter Agrarprodukte nach Afrika dortige Märkte und Einkommensmöglichkeiten zerstört.⁶

Aus dieser Perspektive verliert die Analyse Kaplans genauso den Anschein der Plausibilität wie die Politik der EU den der Legitimität. Die EU-Politik wird als Versuch begreifbar, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabeansprüche ebendieser anderen zu verteidigen. Sie ist insofern die logische Konsequenz einer Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren: in Gestalt von CO₂, das bei der Herstellung der Konsumgüter für den globalen Norden emittiert und von den Ökosystemen der Südhalbkugel absorbiert wird (beziehungsweise sich in der Atmosphäre konzentriert); in Gestalt von metallischen Rohstoffen aus dem globalen Süden, die die unabdingbare Voraussetzung von Digitalisierung und »Industrie 4.0« im globalen Norden darstellen; oder in Gestalt der Arbeitskräfte im globalen Süden, die bei der Extraktion von Mineralien und Metallen, bei der Wiederverwertung unseres Elektroschrotts oder beim Schuften auf pestizidverseuchten Plantagen, die die im globalen Norden verzehrten »Südfrüchte« hervorbringen, ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren.

Zur Intention des Buches

Wir bezeichnen die Lebensweise, die auf derartigen Voraussetzungen beruht und immer auch die Produktionsweise mit einschließt, als *imperial*. Damit wollen wir *erstens* das sichtbar machen, was den Alltag – das Produzieren und Konsumieren – der Menschen im globalen Norden sowie einer größer werdenden Zahl von Menschen im globalen Süden ermöglicht, meist ohne die Schwelle der bewussten Wahrnehmung oder gar der kritischen Reflexion zu überschreiten. Es geht uns darum, wie sich Normalität gerade über das Ausblenden der ihr zugrunde liegenden Zerstörung herstellt. Mit anderen Worten: Thema des Buches sind die Alltagspraxen sowie die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse, die Herrschaft über Mensch und Natur erzeugen und verstetigen.

Zweitens möchten wir erklären, wie und warum sich in einer Zeit, in der sich Probleme und Krisen in den unterschiedlichsten Bereichen (soziale Reproduktion, Ökologie, Wirtschaft, Finanzen, Geopolitik, europäische Integration, Demokratie etc.) häufen, zusipzen und überlagern, so etwas wie Normalität herstellt. Die imperiale Lebensweise erscheint uns in diesem Zusammenhang zentral. Bei ihr handelt es sich um ein Paradoxon, das im Epizentrum verschiedenster Krisenphänomene angesiedelt ist: Sie wirkt – siehe oben – in vielen Teilen der Welt verschärfend auf Krisenphänomene wie den Klimawandel, die Vernichtung von Ökosystemen, die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen, die Zerstörung lokaler Ökonomien oder die geopolitischen Spannungen, von denen man noch bis vor wenigen Jahren ausging, sie seien mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden worden. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Gleichzeitig trägt sie aber dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Mensch und Natur andernorts hergestellten und ebendeshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu

gewährleisten. Damit soll die soziale Spaltung, wie sie im globalen Norden durch diese Krise noch einmal beschleunigt wurde, keineswegs verharmlost werden.

Drittens wollen wir die gegenwärtigen Krisen und Konflikte als Manifestation der Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise begreifbar machen. Dass sich viele Probleme heute derart krisenhaft zuspitzen, ist auch darauf zurückzuführen, dass die imperiale Lebensweise derzeit im Begriff ist, sich zu Tode zu siegen. Ihrem Wesen nach beinhaltet sie die Möglichkeit eines überproportionalen Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft – mit anderen Worten: auf ein »Außen« – im globalen Maßstab. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen dazu aber bereit sind beziehungsweise je mehr sie selbst darauf *angewiesen* sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren.

Und genau das ist derzeit der Fall. Im selben Maße, wie sich Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien kapitalistisch entwickeln und die dortigen Mittel- und Oberklassen sich »nördliche« Vorstellungen und Praxen des guten Lebens zu eigen machen, wachsen ihr Ressourcenbedarf und ihr Bedarf, Kosten etwa in Gestalt von CO₂ zu externalisieren. Sie steigen dadurch nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht zu Konkurrenten des globalen Nordens auf. Das Resultat sind ökoimperiale Spannungen, wie sie sich etwa in der globalen Klima- und Energiepolitik zeigen. Dazu kommt, dass immer weniger Menschen im globalen Süden bereit sind, sich ihr eigenes Leben von der imperialen Lebensweise des globalen Nordens kaputt machen zu lassen. Die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. In ihnen zeigt sich zudem die ungebrochene Attraktivität, die die imperiale Lebensweise auf diejenigen ausübt, die bislang nicht an ihr teilhaben konnten: Die Geflüchteten suchen Sicherheit und ein besseres Leben, das unter Bedingungen der imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren eher zu realisieren ist als anderswo.

Dies erklärt auch, warum sich die repressive und gewaltförmige Seite der imperialen Lebensweise – in Gestalt von Rohstoffkonflikten oder der Abschottung gegen Geflüchtete – gerade heute so deutlich offenbart. Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, sie kann sich nur so lange erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu, und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen. Die imperiale Lebensweise wird dadurch zum Opfer ihrer eigenen Attraktivität und Verallgemeinerung.

Den kapitalistischen Zentren bleibt dann nur noch der Versuch, ihre Lebensweise durch Abschottung und Ausgrenzung exklusiv zu stabilisieren. Damit bringen die diese Politik exekutierenden Kräfte, die sich in der Regel selbst als »bürgerliche Mitte« etikettieren, genau das hervor, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalistische Bestrebungen. Dass diese derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist. Und im Unterschied zu ihren »bürgerlichen« Konkurrenten sind sie in der Lage, ihrer Wählerschaft ein Angebot zu machen, das diese auf eine subalterne Position festlegt und sie *gleichzeitig* aus ihrer postdemokratischen Passivierung befreit. Nora Räthzel hat diesen Mechanismus im Hinblick auf den Rassismus, wie er sich im Deutschland der frühen 1990er-Jahre artikulierte, treffend als »rebellierende Selbstunterwerfung« bezeichnet. Den Akteuren wird es dabei ermöglicht, »*sich als Handelnde in Verhältnissen zu konstituieren, denen sie ausgeliefert sind*«.⁷

Wenn diese Diagnose zutrifft, dann wären – *viertens* – die Anforderungen an eine Alternative radikaler zu formulieren, als dies im Mainstream der Ökologiedebatte geschieht. Es reicht dann nicht mehr, eine »grüne Revolution«⁸ oder einen neuen »Gesellschaftsvertrag«⁹ einzufordern und der starken Rhetorik zum Trotz die politische Ökonomie der Probleme sowie die imperiale Lebensweise unangetastet zu lassen. Auch greift es zu kurz, implizit oder explizit

darauf zu setzen, dass »die Politik« aus der unabweisbaren, da wissenschaftlich immer genauer belegten Tatsache der ökologischen Krise endlich die richtigen Konsequenzen zieht – wird damit doch übersehen, dass das so adressierte vermeintliche Steuerungssubjekt »Staat« kein möglicher Gegenpol, sondern ein wesentliches Moment in der institutionellen Absicherung der imperialen Lebensweise ist.

Stattdessen kommt es zunächst darauf an, die ökologische Krise als das anzuerkennen, was sie ist: ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich die Produktions- und Konsumnormen des globalen Nordens, wie sie sich mit dem Kapitalismus herausgebildet und schließlich verallgemeinert haben, auch in ihrer ökologisch modernisierten Variante nur auf Kosten von immer mehr Gewalt, ökologischer Zerstörung und menschlichem Leid aufrechterhalten lassen, und auch dies nur in einem kleinen Teil der Welt. Aufgrund der autoritären, weiter auf Inwertsetzung der Natur und gesellschaftliche Spaltung setzenden Politik erleben wir derzeit eine beispiellose Akkumulation der Widersprüche. Die Reproduktion der Gesellschaft und ihrer biophysikalischen Grundlagen kann über den kapitalistischen Wachstumsimperativ immer weniger gesichert werden. Wir erleben eine Krise des Krisenmanagements, eine Hegemonie- und Staatskrise.

Ausgehend von dieser Einsicht, geht es sodann darum, die vielfältigen Alternativen, wie sie derzeit gegen die dominanten Entwicklungen praktiziert werden, auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit und auf ihre verbindenden, die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit steigernden Elemente zu befragen: Inwieweit zeichnen sich in den Bewegungen für Energiedemokratie, Ernährungssouveränität oder solidarische Ökonomie, um nur einige zu nennen, die Umrisse einer Vergesellschaftung ab, die in einem starken Sinne demokratisch ist, die also in dem Prinzip gründet, dass alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken? Dies ist aus unserer Sicht eine der zentralen Fragen, denn sie verweist auf ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, das dem der imperialen Lebensweise diametral entgegengesetzt ist.